



Baden-Württemberg.de

📅 27.03.2017

VERBRAUCHERSCHUTZ

Mehr Verbraucherschutz bei Energiepreisvergleichsportalen

Der Markt für Energiepreisvergleichsportalen wird von sehr wenigen Anbietern dominiert. Die Plattformen stehen mit ihren werbe- und provisionsbasierten Geschäftsmodellen immer wieder in der Kritik von Verbraucherschützern. Baden-Württemberg setzt deshalb auf Transparenz und klare Spielregeln auf europäischer und auf nationaler Ebene.

„Vergleichsportale im Internet sind wichtige Hilfen, wenn es zum Beispiel darum geht, Strom- und Gasstarife zu vergleichen. Allerdings stehen diese Plattformen mit ihren werbe- und provisionsbasierten Geschäftsmodellen immer wieder in der Kritik von Verbraucherschützern. Baden-Württemberg setzt auf Transparenz und klare Spielregeln auf europäischer und auf nationaler Ebene“, sagte der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk, anlässlich eines Gesprächs mit Vertretern der Europäischen Kommission, der Wirtschaft und Verbände sowie mit Europaabgeordneten in Brüssel.

„Baden-Württembergische Verbraucherpolitik begleitet die Liberalisierung des Energiemarkts von Anfang an kritisch und konstruktiv. Bei unseren Überlegungen stehen die berechtigten Interessen des Verbrauchers im Mittelpunkt. Information und Transparenz sind wichtige Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilnahme der privaten Haushalte am Markt“, erklärte der Minister. Alleine beim Strom gebe es in Deutschland rund 1.000 Energieversorger und etwa 10.000 verschiedene Tarife.

Damit die Verbraucherinnen und Verbraucher die damit verbundenen Wechselmöglichkeiten und Einsparpotenziale voll ausschöpfen könnten, seien sie auf die Verwendung von Vergleichsportalen angewiesen. Dabei werde der Markt für Portale von sehr wenigen Anbietern dominiert. Nach wie vor herrsche in der Bevölkerung noch immer eine große Verunsicherung ob der Zuverlässigkeit der Angebote. Die Zurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland sei spürbar und zeige sich in relativ niedrigen Wechselraten.

Transparenz und klare Spielregeln schaffen Verbrauchervertrauen

„Baden-Württemberg setzt sich seit langem für die Einführung EU-weiter Mindestanforderungen für Energievergleichsportale ein und der Bund wurde von uns aufgefordert, im Vorgriff auf die erwarteten

EU-Regelungen parallel nationale Vorschriften vorzubereiten“, betonte Peter Hauk. Brüssel habe nun konkrete Vorschläge zur Regulierung der Energiepreisvergleichsportale gemacht, die das Land vom Grundsatz her unterstütze. Darüber hinaus werde sich Baden-Württemberg für eine Stärkung der Marktaufsicht und -regulierung sowie eine unabhängige Bewertung der Energieanbieter selbst einsetzen und in Berlin die Einrichtung eines Verbraucherbeirats bei der Bundesnetzagentur fordern.

„Unser Ziel ist es, das Verbrauchervertrauen in die Zuverlässigkeit der Vergleichsportale zu stärken. Der Wechsel des Strom- oder Gasanbieters soll für alle Menschen mit einem guten Gefühl und ohne böse Überraschungen verbunden sein“, erklärte der Verbraucherminister.

#Verbraucherschutz

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/hauk-fuer-mehr-verbraucherschutz-bei-energiepreisvergleichsportalen>